



PRESSEMITTEILUNG

5. September 2018

„Bürgerbegehren stellt eine würdige Form des Erinnerns an jüdische Opfer des Nationalsozialismus auf Augenhöhe in Frage“

Bayerns Antisemitismusbeauftragter Spaenle wertet Bürgerbegehren als „Rückschritt“ gegenüber dem intensiven Meinungsbildungsprozess in der Landeshauptstadt

MÜNCHEN. „In München wurde über alle Parteiengrenzen hinweg eine würdige Form des Erinnerns auf Augenhöhe an die jüdischen Opfer des Nationalsozialismus gefunden, die auch von der Israelitischen Kultusgemeinde unterstützt wird: Stelen und Bildnisse sollen an die Jüdinnen und Juden erinnern, die im Dritten Reich deportiert und ermordet wurden. Das Bürgerbegehren stellt das Ergebnis dieses intensiven Meinungsbildungsprozesses in Frage. Das bedeutet für die Erinnerungsarbeit in der Stadt einen massiven Rückschritt.“ Dies betonte heute der Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, für Erinnerungsarbeit und geschichtliches Erbe Dr. Ludwig Spaenle. Er warb mit seiner Aussage für den Konsens, der in der Stadt gefunden wurde. Die Stelen und Bildnisse ermöglichen für ihn eine Form der Erinnerungsarbeit, die den Menschen in besonderer Weise gerecht wird.

L. Unger, Tel. 01738632709